

**Satzung über die
Abfallgebühren in der Stadt Köln
(Abfallgebührensatzung - AbfGS -)
vom 15. Dezember 2006**

*in der Fassung der 1. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung
(Abfallgebührensatzung – AbfGS -)
vom 14. Dezember 2007*

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung vom 14.12.2006 aufgrund der §§ 4, 5, 6 und 20 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 (SGV NRW 610) in Verbindung mit den §§ 7 und 77 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14. Juli 1994 (SGV NRW 2023) und der §§ 1, 2 und 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Juni 1988 (GV NRW S. 250) - Landesabfallgesetz - jeweils in der bei Erlass der Satzung geltenden Fassung - diese Satzung beschlossen.

**§ 1
Gebührenpflicht**

(1) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Abfallentsorgung der Stadt Köln (§§ 1 bis 3 Abfallsatzung - AbfS -) werden

- a) von dem/der Grundstückseigentümer/in
- b) im Falle des § 23 AbfS zusätzlich von den dort genannten Personen als Gesamtschuldner/innen,
- c) für Leistungen nach § 9 Abs. 4, § 11 Abs. 2 und Abs. 3 sowie § 16 AbfS von den Leistungsempfänger/innen
- d) im Fall des § 6 Abs. 1 Sätze 2, 3 AbfS von den dort genannten Erzeugern/innen und Besitzern/innen von Abfällen
- e) vom zuletzt eingetragenen Halter eines Kraftfahrzeuges im Sinne des § 4 Abs. 4 AbfS sowie von demjenigen, der ein Kraftfahrzeug oder einen Anhänger im Sinne des § 4 Abs. 4 AbfS auf öffentlichen Flächen oder außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile abgestellt hat, als Gesamtschuldner/innen

Gebühren erhoben.

Übt ein anderer als der/die Eigentümer/in die tatsächliche Herrschaft über das Grundstück in der Weise aus, dass er/sie den/die Eigentümer/in im Regelfall für die gewöhnliche Nutzungsdauer von der Einwirkung auf das Grundstück wirtschaftlich ausschließen kann, ist er/sie Gebührenschuldner/in. In den Fällen des § 39 Abs. 2 Nr. 1 S. 2 AO ist der/die Eigentümer/in Gebührenschuldner/in.

Die Gebühren werden nach einem modifizierten Volumenmaßstab erhoben, der auf die Größe des in Anspruch genommenen Restmüllgefäßes abstellt. Dabei werden in der Gebührenberechnung die Erfahrungswerte für das Verhältnis von Gewicht und Volumen jeder Behältergröße zu Grunde gelegt.

Grundlagen für die Gebührenberechnung sind Anzahl, Art und Größe der aufgestellten Abfallbehälter, die Art der Abfälle, die Weise des Einsammelns und die Häufigkeit der regelmäßigen Abfahren sowie die beantragten Sonderabfahren. Für die Bemessung der Gebühren ist unerheblich, ob und in welchem Umfang die aufgestellten Abfallbehälter bei ihrer Leerung im Einzelfall gefüllt und wie viele Abfallbehälter im Einzelfall zu entleeren waren. Unberücksichtigt bleibt auch, ob und in welchem Umfang sperrige, Schadstoffe enthaltende sowie wiederverwertbare Abfälle zur Abfuhr gegeben wurden.

(2) Die Gebührenpflicht entsteht bei unbefristet aufgestellten Abfallbehältern mit dem Ersten des dem Aufstellen des Behälters folgenden Monats. Sie endet mit Ablauf des Monats, in dem die Behälter eingezogen werden; das gleiche gilt, wenn sie bei der AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG (im Folgenden „AWB“ genannt) abgemeldet worden sind und die Abmeldung den Erfordernissen des § 8 AbfS nicht widerspricht.

(3) Im Falle des § 9 Abs. 4 sowie des § 11 Abs. 4 Satz 2 AbfS entsteht die Gebührenpflicht mit dem Beginn der Leistung, im Falle des § 17 Abs. 1 AbfS mit der Annahme der Abfälle an der Abfallentsorgungsanlage und im Falle des § 11 Abs. 3 sowie des § 16 AbfS mit der Ausgabe des Abfallsackes oder Behälters; die Ausgabe gilt als Beginn der Leistung. Im Falle des § 11 Abs. 2 Satz 4 AbfS entsteht die Gebührenpflicht mit dem Bereitstellen im Hafensbereich oder an anderen Liegeplätzen im Stadtgebiet Köln.

(4) Beim Wechsel des/der Grundstückseigentümers/in oder der in § 23 AbfS genannten Personen ist vom Beginn des folgenden Monats an der/die Rechtsnachfolger/in gebührenpflichtig.

(5) Für die Entsorgung von sperrigen Abfällen gem. § 13 AbfS sowie Schadstoffe enthaltenden Abfällen gem. § 15 AbfS werden Gebühren nicht erhoben; die Kosten hierfür sind, mit den nach § 2 Absätze 1, 2, 3, 5 und 7 erhobenen Gebühren abgegolten.

(6) Die Gebührenpflichtigen nach § 1 Abs. 1 Buchstaben a) und b) erhalten für die unbefristete Inanspruchnahme der Abfallbehälter einen Gebührenbescheid, der mit dem Bescheid über andere Gemeindeabgaben verbunden sein kann. Bei Wohnungseigentümern können die Gebühren einheitlich für alle Mitglieder der Gemeinschaft festgesetzt werden.

(7) Sind Abfallbehälter für mehrere zusammenhängende oder benachbarte Grundstücke desselben/derselben Gebührenpflichtigen auf einem gemeinschaftlichen Standplatz aufgestellt, oder sind Abfallbehälter auf gemeinsamen schriftlichen Antrag der Anschlusspflichtigen für mehrere benachbarte Grundstücke zur gemeinsamen Benutzung zur Verfügung gestellt, können die Gebühren hierfür anteilig und zusammen veranlagt werden.

(8) Die Gebührenpflichtigen nach § 1 Abs. 1 Buchstabe c) erhalten für die erbrachten Leistungen einen Gebührenbescheid. Sie erhalten im Falle des § 11 Abs. 3 AbfS über den Erwerb gegen Barzahlung einen Beleg.

Im Falle des § 11 Abs. 2 Satz 4 AbfS übermittelt die HGK Häfen und Güterverkehr Köln AG den Gebührenbescheid als äußerlich erkennbaren Teil ihrer Hafensrechnung.

§ 2**Höhe der Gebühren**

(1) Der Gebührensatz beträgt im Falle des § 12 Abs. 1 Ziffer 1 AbfS (Gruppe I, Teil-Service) für ein Kalenderjahr bei wöchentlich einmaliger Abfuhr für:

1.	60 I-Behälter	243,06 €
2.	80 I-Behälter	300,20 €
3.	120 I-Behälter	394,34 €
4.	180 I-Behälter	547,51 €
5.	240 I-Behälter	688,44 €

(2) Der Gebührensatz beträgt im Falle des § 12 Abs. 1 Ziffer 2 AbfS (Gruppe II, Voll-Service) für ein Kalenderjahr bei wöchentlich einmaliger Abfuhr für:

1.	60 I-Behälter	279,49 €
2.	70 I-Behälter	332,28 €
3.	80 I-Behälter	339,94 €
4.	110 I-Behälter	448,15 €
5.	120 I-Behälter	440,68 €
6.	180 I-Behälter	594,22 €
7.	240 I-Behälter	736,13 €
8.	500 I-Behälter	1.407,50 €
9.	660 I-Behälter	1.727,20 €
10.	770 I-Behälter	1.842,37 €
11.	1.100 I-Behälter	2.389,55 €

(3) Eigenkompostierer erhalten auf Antrag einen Abschlag, wenn sie nachweisen, ob und in welchem Umfang sie den anfallenden Bioabfall und Grünschnitt ordnungsgemäß und schadlos verwerten. Der Abschlag beträgt im Falle des § 12 Abs. 1 Ziffer 1 AbfS (Gruppe I, Teil-Service) bei wöchentlich einmaliger Abfuhr für:

1.	60 I-Behälter	22,69 €
2.	80 I-Behälter	29,42 €
3.	120 I-Behälter	40,63 €
4.	180 I-Behälter	59,75 €
5.	240 I-Behälter	78,08 €

(4) Eigenkompostierer erhalten auf Antrag einen Abschlag, wenn sie nachweisen, ob und in welchem Umfang sie den anfallenden Bioabfall und Grünschnitt ordnungsgemäß und schadlos verwerten. Der Abschlag beträgt im Falle des § 12 Abs. 1 Ziffer 2 AbfS (Gruppe II, Voll-Service) bei wöchentlich einmaliger Abfuhr für:

1.	60 I-Behälter	22,69 €
2.	70 I-Behälter	25,18 €

3.	80 l-Behälter	29,41 €
4.	110 l-Behälter	39,86 €
5.	120 l-Behälter	40,63 €
6.	180 l-Behälter	59,75 €
7.	240 l-Behälter	78,08 €
8.	500 l-Behälter	145,48 €
9.	660 l-Behälter	186,79 €
10.	770 l-Behälter	201,63 €
11.	1100 l-Behälter	270,59 €

(5) Der Gebührensatz für die Entsorgung von 3.000 l und 5.000 l Behältern beträgt für ein Kalenderjahr bei wöchentlich einmaliger Abfuhr für:

1.	3.000 l-Behälter	6.418,08 €
2.	5.000 l-Behälter	10.697,65 €

(6) Im Falle des § 9 Abs. 1 Ziffer 2 AbfS (verschießbare Abfallbehälter) erhöhen sich die Gebühren nach § 2 Absätze 1 bis 3 um 16,58 € je Behälter und Jahr.

(7) Soweit in den durch Köln-Gesetz eingegliederten Gebieten Grundstückseigentümer selbst Eigentümer der Umleerbehälter sind, beträgt der Gebührensatz für den 1.100 l-Behälter 2.363,99 €

(8) Wird der Abfall mehr als einmal wöchentlich eingesammelt, so erhöhen sich die Gebühren nach den Absätzen 1 bis 5 und 7 entsprechend.

(9) Werden die Abfallbehälter mit einem Fassungsvermögen von 3.000 l bzw. 5.000 l weniger als einmal wöchentlich entleert, so verringern sich die Gebühren nach Abs. 5 entsprechend.

(10) Besteht die Gebührenpflicht nicht während des ganzen Kalenderjahres, verringern sich die Gebühren für jeden Monat ohne Gebührenpflicht um ein Zwölftel.

(11) Im Falle des § 9 Abs. 4 und § 11 Abs. 2 Sätze 1 bis 3 AbfS beträgt der Gebührensatz für jede Entleerung 1/52 der jeweiligen Jahresgebühr. Pro Entleerung beträgt der Gebührensatz im Fall des § 11 Abs. 4 Satz 2 AbfS je 1/52 der Jahresgebühr der Restmülltonne (§ 9 Abs. 1 Ziff. 1 AbfS), die in ihrem Volumen dem Wertstoffbehälter (§ 9 Abs. 1 Ziff. 3-5 AbfS) entspricht. Für den Mehraufwand bei befristeter Aufstellung wird je Aufstellung ein einmaliger Zuschlag von 1/52 der jeweiligen Jahresgebühr eines der zur Verfügung gestellten Behälter erhoben. Werden verschiedene Behälter gleichzeitig zur Verfügung gestellt, so gilt dieser Zuschlag für den größten zur Verfügung gestellten Behälter.

(12) Im Falle des § 11 Abs. 2 Satz 4 AbfS beträgt die Gebühr je angefangene 24 Stunden Liegezeit bei:

- Fahrgastschiffen
 - bis 500 qm genutzter Wasserfläche 90,25 €

- über 500 qm bis 1300 qm genutzter Wasserfläche 180,51 €
- über 1.300 qm genutzter Wasserfläche 206,30 €
- Hotelschiffen
 - bis 500 qm genutzter Wasserfläche 120,43 €
 - über 500 qm bis 1300 qm genutzter Wasserfläche 240,67 €
 - über 1.300 qm genutzter Wasserfläche 275,04 €

(13) Im Falle des § 11 Abs. 3 i.V.m. § 12 Abs. 6 AbfS beträgt die Gebühr für den Abfallsack 4,15 €

(14) Für Abfallbehälter, deren Transportweg von der Grundstücksgrenze des/der Anschlusspflichtigen länger als 15 m ist, werden Zuschläge auf die Gebührensätze wie folgt erhoben:

Auf die Gebührensätze nach § 2 Abs. 2 Ziffern 1 – 6:

1. Transportweg über 15 m bis 25 m: 13,20 €
2. Transportweg über 25 m bis 40 m: 33,60 €
3. Transportweg über 40 m: 55,20 €

Auf die Gebührensätze nach § 2 Abs. 2, Ziffern 7 bis 10 und Abs. 7:

4. Transportweg über 15 m bis 25 m: 57,60 €
5. Transportweg über 25 m bis 40 m: 154,80 €
6. Transportweg über 40 m: 252,00 €

Der Zuschlag wird bei Inanspruchnahme von Biotonnen und Papiertonnen als selbständige Gebühr erhoben.

(15) Für Abfallbehälter, deren Transportweg bis zur Grundstücksgrenze des/der Anschlusspflichtigen bis zu 15 m lang ist, auf dem sich aber auf dem Weg Hindernisse befinden, werden Zuschläge auf die Gebührensätze wie folgt erhoben:

1. Auf die Gebührensätze nach § 2 Abs. 2 Ziffern 1 – 6: 13,20 €
2. Auf die Gebührensätze nach § 2 Abs. 2 Ziffern 7 bis 10 und Abs. 7: 57,60 €

Der Zuschlag wird bei Inanspruchnahme von Biotonnen und Papiertonnen als selbständige Gebühr erhoben.

Hindernisse im Sinne dieses Absatzes liegen vor, wenn der Transportweg nicht ebenerdig (Straßenniveau) oder nicht mit einem harten, dauerhaften Belag versehen ist (§ 10 Abs. 3 und 4 AbfS).

(16) Bei Wechselbehältern (Pressmüllcontainern) beträgt die Gebühr

- je Abfuhr und Entleerung 211,58 €

und für die Entsorgung

- je Tonne Abfall 158,70 €

In allen übrigen Fällen des § 9 Abs. 3 AbfS erfolgt die Gebührenfestsetzung entsprechend § 2 Absätze 1 und 2 sowie 5 und 7.

(17) Bei unterbliebener Abfuhr besteht kein Anspruch auf Gebührenermäßigung. Ist das Einsammeln aus Gründen unterblieben, die dem/der Gebührenpflichtigen zuzurechnen sind und wird das Einsammeln vor dem nächsten Sammeltag nachgeholt, werden zusätzliche Gebühren entsprechend Abs. 11 Satz 1 erhoben.

§ 3

Fälligkeit und Vorauszahlung der Gebühren

(1) Die Gebühren nach § 2 Absätze 1 bis 5, 7 bis 10, 14 bis 15 und 18 für ein Kalenderjahr werden am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu je gleichen Teilbeträgen fällig. Ist der Gebührenbescheid noch nicht bekanntgegeben, hat der/die Gebührenpflichtige zu den vorgenannten Fälligkeitstagen in Höhe der zuletzt festgesetzten Teilbeträge unaufgefordert Vorauszahlungen zu leisten.

(2) Hat der/die Gebührenpflichtige gem. § 28 Abs. 3 Grundsteuergesetz die Grundsteuer am 1. Juli in einem Jahresbetrag zu entrichten, sind abweichend von Abs. 1 auch die Gebühren zu diesem Zeitpunkt in einer Summe zu zahlen, bei Bekanntgabe des Gebührenbescheides nach dem 1. Juli einen Monat nach Bekanntgabe.

(3) Besteht die Gebührenpflicht gemäß § 2 Abs. 10 nicht während des ganzen Kalenderjahres, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend bei Beginn der Gebührenpflicht im Laufe eines Kalenderjahres jedoch mit der Maßgabe, dass die für die Zeit zwischen der erstmaligen Inanspruchnahme und der Bekanntgabe des Gebührenbescheides geschuldete Gebühr in einer Summe einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheides zu zahlen ist.

(4) Die Gebühren nach § 2 Absätze 6, 11, 16 und 17 Satz 2 werden mit der Bekanntgabe der Bescheide, die Gebühren nach § 2 Abs. 13 werden bei der Ausgabe des Abfallsackes fällig.

(5) Ist die nach Abs. 1 gezahlte Vorauszahlung geringer als der nach dem Gebührenbescheid für den Vorauszahlungszeitraum geschuldete Betrag, ist der Unterschiedsbetrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides zu zahlen. Die Verpflichtung, rückständige Vorauszahlungen schon früher zu zahlen, bleibt unberührt.

(6) Ist die nach Abs. 1 gezahlte Vorauszahlung höher als der nach dem Gebührenbescheid für den Vorauszahlungszeitraum geschuldete Betrag, so wird der Unter-

schiedsbetrag nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides durch Aufrechnung oder Rückzahlung ausgeglichen.

(7) Die Absätze 4 und 5 gelten entsprechend, wenn der Gebührenbescheid nach Zahlung aufgehoben oder geändert wird.

§ 4

Beseitigung von nicht zugelassenen Kraftfahrzeugen

Der Gebührensatz für die Beseitigung eines nicht zugelassenen Kraftfahrzeuges im Falle des § 4 Abs. 4 AbfS beträgt bei:

- einem mehrspurigen Kraftfahrzeug mit einem zulässigen Gesamtgewicht bis zu 2,8 t oder einem einachsigen Anhänger 199,82 €
- einem mehrspurigen Kraftfahrzeug mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 2,8 t, einem Wohnwagen, einem Wohnmobil oder einem mehrachsigen Anhänger 235,41 €
- bei einem einspurigen Kraftfahrzeug sowie dessen einachsigem Anhänger 176,10 €

Für die Verwahrung des Fahrzeuges wird zudem in den Fällen der Ziffern 1 und 3 pro Tag eine Standgebühr von 5,11 €, im Fall der Ziffer 2 eine Standgebühr von 10,23 € erhoben.

§ 5

Verwaltungshilfe

Die Stadt Köln beauftragt die AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG (im Folgenden „AWB“ genannt) als Verwaltungshelferin mit der Abrechnung der Entgelte sowie zum Inkasso in folgenden Fällen:

- Arzttonne, Krankenhausabfälle u. ä. (§§ 16, 9 Abs. 1 Ziffer 2 AbfS, § 2 Abs. 6 AbfGS),
- Abfallsäcke (§ 11 Abs. 3 AbfS, § 2 Abs. 13 AbfGS),
- Pressmüllcontainer (§ 9 Abs. 3 AbfS, § 2 Abs. 16 AbfGS),
- offene Abfuhr (§ 11 Abs. 2 AbfS, § 2 Abs. 11 AbfGS),
- Abrechnung mit der HGK Häfen und Güterverkehr Köln AG, insbesondere in den Fällen des Gebühreneinzuges durch die HGK bei gewerblichen Zwecken dienenden Schiffen im Rheinstrom oder an anderen Liegeplätzen im Stadtgebiet (§ 11 Abs. 2 Satz 4 AbfS, § 1 Abs. 3 Satz 2 und § 2 Abs. 12 AbfGS),
- Abrechnung bei kurzzeitig aufgestellten Abfallbehältern für vorübergehenden Bedarf (§ 9 Abs. 4 AbfS, § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 11 AbfGS).
- Abrechnung für falsch befüllte Wertstoffbehälter (§ 11 Abs. 4 Satz 2 AbfS, § 2 Abs. 11 AbfGS)



§ 6 Ordnungswidrigkeiten

Die nach § 1 Abs. 1 Buchstaben a) bis d) Gebührenpflichtigen sind verpflichtet, der AWB über alle für die richtige Veranlagung maßgebenden Tatsachen unverzüglich die erforderlichen Angaben zu machen. Wer gegen diese Pflicht vorsätzlich oder fahrlässig verstößt, handelt ordnungswidrig.

§ 7 In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2008 in Kraft.

Vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.
(Hinweis auf § 7 GO NW nicht ins Kölner Stadtrecht übernommen.)

Köln, den 14.12.2007

Der Oberbürgermeister
gez. Schramma

- ABI StK 2006 S. 970, 2007 S.611 -